

Sekretariat des Bundes für Menschheitsinteressen
 BERN, Erlachstrasse, 23
 (Schweiz. Postscheckkonto Bern III 496.)
 Jährlich etwa 4 Nummern (deutsche & franz. Ausgabe) für Fr. 4 i/d Schweiz; Fr. 6 in den anderen Ländern.
 Alle Buchhandlungen, Postanstalten, sowie das Sekretariat nehmen Bestellungen entgegen. Einzelnummern 10 cts. = 10 Pf.

Die Menschheit

Organ des «Bundes für Menschheitsinteressen und Organisierung menschlichen Fortschritts»

Der Jahresbeitrag zum Bund für Menschheitsinteressen bleibt der Selbsteinschätzung der Mitglieder überlassen. Schweizer-Postscheckkonto Bern III 496.
 Die Vereinsstatuten und Probenummern aller seiner Organe werden auf Verlangen durch das Sekretariat: Bern, Erlachstr. 23 gratis zugesandt.

Schweizer Komitee des Bundes: Dr. August FOREL, alt Professor an der Universität Zürich; Regierungspräsident Dr. Tschumi, Bern; Nationalrat A. LOCHER, Bern; Regierungsrat Dr. Moser, Bern; Nationalrat G. MÜLLER, Finanzdirektor der Stadt Bern; A. SESSLER, alt Gerichtspräsident, Bern; Prof. Dr. R. BRODA, Bern; Dr. A. DE QUERVAIN, Prof. a. d. Univ. Zürich; Dr. A. SUTER, eh. Präs. d. Gemeinderats, Lausanne; O. VOLKART, Präs. d. Ordens für Ethik u. Kultur; Dr. BUCHER, Präs. d. Schweizer Friedensgesellschaft; Director TOBLER, Bern; Dr. Julian REICHESBERG, Bern; F. RUEDI, a. Grossrat, Lausanne; Frau WALDHARDT-BERTSCH, Bern; Frau VUADENS-CALMUS, Vevey; Dr. F. UHLMANN, Basel; H. HODLER, Genf; WENGER, Kantonsrat, Zürich, u.a.m.
Präsident des Bundes: Prof. Dr. R. BRODA, Herausgeber der «Dokumente des Fortschritts», Bern.

Internationaler Ehrenausschuss: Geheimrat Prof. Dr. W. FOERSTER, Berlin; Ed. BERNSTEIN, Mitgl. des deutschen Reichstags, Berlin; Graf ARCO, 1. Vors. der Ortsgv. Berlin des Deutschen Monistenbundes; Stadtpfarrer UMFRIED, 2. Vors. d. Deutschen Friedensges., Stuttgart; Senatspräsident Dr. ELSNER, Wien; Dr. Karl GRUNBERG, Prof. an d. Univ. Wien; Prälat Dr. GRESSWEIN, Mitgl. des ungar. Reichstags, Budapest; Dr. v. URSIN, eh. Vicepräsident. d. finnischen Landtags; Jean LONGUET, Mitgl. d. französischen Parlaments; L. LE FOYER, eh. Deputierter, Paris; Ramsay MACDONALD, Mitgl. des engl. Parlaments; Sir Robert STOUT, eh. Ministerpräsident von Neuseeland; Lino FERRIANI eh. Generalprocurator, Como, u.a.m.
Alle Zuschriften für die Schriftleitung der „Menschheit“ wolle man an Herrn Fr. RUEDI, Mitglied des Komitees, Lausanne, 3, Jumelles, richten.

«Wir suchen zum Gewissen eines jeden Volkes in seiner eigenen Sprache zu sprechen. Wer sich von unserer Unparteilichkeit überzeugen will, wolle die anderen Organe unseres Bundes einsehen.»

Ist die „Befreiung“ des deutschen Volkes ein legitimes Kriegsziel der gegnerischen Mächte?

Bern, am 16. Mai 1917.

Im August 1914 begeisterte sich die sozialdemokratische Arbeiterschaft Deutschlands und Oesterreichs dafür, das russische Volk durch Waffenmacht von den Fesseln des Czarismus zu befreien. Dies ist den deutschen Heeren an und für sich nicht gelungen, wohl aber hat sich das russische Volk selbst befreit. Es nährt im übrigen gegenüber Deutschland und Oestreich durchaus kein Dankbarkeitsgefühl, glaubt vielmehr seine Freiheit gegen dieselben verteidigen zu müssen. Zu Unrecht. Aber diese historische Erfahrung sollte doch all denen zu denken geben, die fremde Völker mehr oder minder gegen ihren Willen befreien wollen.

Trotzdem hat der Präsident der Vereinigten Staaten sich dazu entschlossen, den englisch-französischen Kriegsruf *Niederwerfung des deutschen Militarismus* zur grosszügigen Ideenverbindung *Demokratisierung Deutschlands*, umzugestalten. Dass eine solche für das deutsche Volk eine wahre Wohltat bedeuten würde, ja für seine künftige, gleichberechtigte und unangefochtene Stellung im Bund der freien Völker unseres Planeten eine harte Notwendigkeit darstellt, ist freilich nur allzuwahr. Bisher hat die tüchtige und ehrliche, aber für Erfassung der modernen Ideenströmungen, für grosse Horizonte durchaus unfähige Klasse der *preussischen Junker*, das ist der mittleren Grundbesitzer in den Landstrichen zwischen der Elbe und dem Niemen, *Preussen beherrscht* und einen lähmenden Einfluss auf die moderne Entwicklung des *Deutschen Reiches* ausgeübt. Sie hat vermöge ihres *Autoritätsideals*, das im jahrhundertelangen Verkehr mit hörigen Bauern erwachsen war, vermöge der *Vergötterung der Gewalt*, wie sie aus den stets erfolgreichen Kämpfen um die Ausdehnung Preussens entsprungen, vermöge der Ausbildung der bestgefügteten und darum gefährlichsten Kriegsmacht der Welt ein *schweres Hemmnis für die Entwicklung einer internationalen Rechtsordnung* gebildet.

Der normale Weg für Beseitigung dieser Klassenherrschaft, die ja auch für die breiten Volksschichten Deutschlands und für deren Möglichkeiten friedlicher, durch äussere Kriege ungestörter Arbeit im höchsten Grade verderblich ist, läge jedoch naturgemäss darin, dass *das deutsche Volk selbst seine Ketten sprengt*, sowie das russische Volk die seinen gesprengt hat. Die *Prestige-Verminderung* der preussischen Militärkaste (wie sie sich allerdings heute, angesichts der von der Zensur genährten, vom Hoffen des Volkes getragenen Siegeszuversicht des deutschen Volkes noch nicht hat äussern können, wie sie sich aber *nach ergebnisloser Beendigung des blutigen Ringens zweifellos ergeben wird*) sowie der Wunsch, die *auswärtigen Beziehungen*, speziell mit Russland und Amerika durch eine *volkstümliche Innenpo-*

litik zu erleichtern, haben den demokratischen Parteien Deutschlands zweifellos *starke Trümpfe* in die Hand gegeben.

Um darzutun, dass die gegnerischen Mächte trotz alledem *gezwungen* seien, den Krieg bis zur militärischen Niederwerfung der preussischen Herrschicht, bis zur Befreiung des deutschen Volkes *ohne sein eigenes Dazutun* fortzuführen, müsste den Völkern Frankreichs und Englands, Russlands und Amerikas, *die für die Erreichung dieses Kriegszieles ihr Blut in den kommenden Jahren verspritzen sollen*, zweierlei bewiesen werden.

1. Dass das deutsche Volk *nicht befähigt* oder *nicht willens* sei, sich *selbst* zu befreien.

2. Dass gewichtige *Menschheitsinteressen* oder *überaus gewichtige Interessen* des *französischen, englischen, russischen und amerikanischen Volkes*, daran geknüpft sind, dem deutschen Volke eine neue Regierungsform aufzudrängen und dasselbe dadurch aufs tiefste zu verletzen. Denn die Geschichte (so die Befreiungskämpfe Spaniens und Tirols gegen die moderne Reformpolitik des napoleonischen Frankreich) zeigt ja, dass eine vom Ausland kommende Reform, auch wenn sie wohltätig ist, stets als *Unrecht* empfunden wird, und dass die eigene Freiheitsbewegung eines Volkes *gelähmt* wird, wenn man ihr vorhalten kann, dass sie *im Einvernehmen mit dem äussern Feinde* tätig sei.

Ob die demokratischen Schichten des deutschen Volkes fähig sind, die Vorherrschaft des Junkertums zu brechen, erscheint leider auch uns sehr *zweifelhaft*. Ein Anlauf dazu ist ja in der Einsetzung des Verfassungsausschusses des deutschen Reichstages gemacht worden, aber man hat sich — wie auch das *Berliner Tageblatt* in den letzten Tagen so richtig ausgeführt hat — bisher vorwiegend mit nebensächlichen Formfragen beschäftigt, das Kernproblem des *Uebergangs zum parlamentarischen Regierungssystem* jedoch nicht ernstlich in Angriff genommen.

Verheissungsvoller ist schon die Osterbotschaft des deutschen Kaisers, der die Sache der *Monarchie* freimütig von der jener preussischen Schichten, die ihre Herrschaft auf das *preussische Klassenwahlrecht* gebaut haben, *getrennt* hat. Im Auslande, vor allem in Amerika, wird überhaupt zu wenig beachtet, dass das wirkliche Hemmnis für die freiheitliche und friedliche Entwicklung Deutschlands *nicht*, wie es in den Appellen gegen die «Deutsche Autokratie» stets ausgeführt wird, bei der preussischen *Monarchie* und *am wenigsten beim heute regierenden Kaiser* liegt. Er hat durch lange Jahre der Kriegshetze, die von den Gewaltanbetern im junkerlichen und alldeutschen Lager betrieben wurden, *widerstanden* und ist darob von ihnen stets als ein «Freund Englands» und schwächlicher Vertreter altpreussischer Tradition angegriffen worden. Er hat auch für moderne Sozialpolitik viel Verständnis gezeigt.

Insoweit in der Vorgeschichte und beim Aus-

bruch des Weltkrieges eine Mitschuld des monarchischen Systems in Deutschland festgestellt werden soll, so liegt sie eher in der Rolle des *Thronfolgers*, dem nach konstitutionellen Grundsätzen keinerlei Berechtigung zum Eingriff in die Staatspolitik zukommt, der jedoch durch seine öffentliche Missbilligung der deutsch-französischen Verständigung über Marokko (man erinnert sich seines Beifallklatschens nach einer gegen die Politik der verantwortlichen Reichsregierung gerichteten Reichstagsrede) alle weiteren Verständigungsbemühungen entmutigt hat und dem von vielen Kennern der Machtverteilung in den höchsten deutschen Kreisen der entscheidende Einfluss auf den Entschluss zum Weltkrieg zugeschrieben wird. Auch er hätte jedoch gewiss *nicht* durchdringen können, wenn er sich nicht zum Wortführer der *einflussreichen Herrschicht Preussens* und der mit ihr Hand in Hand gehenden Schwerindustriellen sowie der machtpolitisch orientierten Intellektuellen hätte machen können.

Ob die beherrschende Stellung dieser Klassen durch die in der Osterbotschaft verheissene Reform des Wahlrechts zum preussischen Abgeordnetenhaus wirklich gebrochen wird, erscheint uns jedoch leider als *sehr fraglich*. Denn sie beruht ebenso sehr auf dem Einfluss der aus ihren Reihen rekrutierten *Offiziere* und *hohen Beamten*, auf ihrer Stellung im Herrenhaus und auf ihren gesellschaftlichen Verbindungen mit der Dynastie. Schärfer als durch Wahlrechtsreformen würde speziell die Stellung des eigentlichen preussischen *Junkertums* durch die *Aufhebung der Getreidezölle* betroffen, weil damit ihre wirtschaftliche Stellung gemindert und viele seiner Angehörigen zu gesellschaftlich und politisch einflusslosen Grossbauern gemacht würden. Vor 20 Jahren war dieser Uebergang zum reinen Industriestaat, der sein Getreide von der Uebersee bezogen hätte, möglich. Der grosse Wert der Selbstversorgung aber, wie er sich gegenüber der englischen Blockade herausgestellt hat, schliesst eine solche Entwicklung aus.

So dürfte erst *ganz allmählig*, wenn sich der liberalen Mehrheit im *Reichstag* auch eine liberale Mehrheit im preussischen Landtag gesellt hat, wenn sich deren Einfluss durch eine geänderte Zusammensetzung des Offiziers- und Beamtenkörpers, durch eine Reform des preussischen Herrenhauses, durch schrittweisen Uebergang zu parlamentarischen Regierungsformen mehr und mehr konsolidiert hat, von einer Ausschaltung des mit der Psychologie des Junkertums verwachsenen Gewaltprinzips aus der Leitung der deutschen Reichspolitik gerechnet werden können.

Dies ist eine schöne *Zukunftshoffnung*, aber kein Faktor der *Gegenwartspolitik*. Eine in absehbarer Zeit ausbrechende *Revolution* dagegen, nach russischem Muster, ist angesichts der staatsstreuen Gesinnung der Bevölkerungsmehrheit, der *zielsicheren Regierungspolitik* und der offenbaren Bereitschaft der leitenden Kreise, einem eventuellen

innern Feinde gegenüber sich nicht in schwankenden Massnahmen nach Art des russischen Zaren zu verzetteln, sondern gegen ihn alle militärischen Machtmittel, wenn notwendig auch in offener Schlacht anzuwenden, aussichtslos und unmöglich. Auch die Streiks der Munitionsarbeiter werden nur so lange dauern, als man gegenüber den «Verirrten Schafen» von der sozialdemokratischen «Arbeitsgemeinschaft» aus Rücksicht auf ihre Klassengenossen in der sozialdemokratischen Regierungspartei Nachsicht üben will. Würde die Drohung ernst, so würde sie zertreten werden.

Zusammengefasst muss also wohl gesagt werden, dass die Demokratisierung des deutschen Volkes aus eigener Kraft für die nächste Zeit nicht zu erwarten ist.

Aber auch die von Wilson proklamierte, von weiten Schichten Frankreichs und der russischen Revolution bejubelte Methode der Demokratisierung Deutschlands durch äusseren Zwang ist aus dem einfachen Grunde aussichtslos, weil eine militärische Niederwerfung Deutschlands unmöglich ist. Die Vereitelung aller mit den grossartigsten Kriegsmitteln und mit höchstem Mute unternommenen Durchbruchversuche von französischer und englischer Seite hat dies in den letzten Wochen auch jenen gezeigt, die sich gegenüber den Erfahrungen der letzten Jahre immer noch Illusionen bewahrt hatten. So wenig wir andererseits (wie wiederholt in den Spalten dieses Blattes gezeigt wurde) an eine, über lästige Beschwerden hinausgehende wahre *Bezwingung Englands* durch den Tauchbotkrieg glauben, so sicher erscheint es uns doch, dass auch der Faktor «Zeit» respektive «Hunger» ebensowohl gegen die Westmächte wie gegen Deutschland arbeitet. Freilich besitzen die erstern angesichts der im nächsten Jahre zu erwartenden Unterstützung Amerikas eine Garantie gegen Erschöpfung ihrer militärischen Reserven und Deutschland, das ohnehin auf eine grosszügige militärische Offensive schon seit langem verzichtet hat, kann also auch keinerlei Siegeshoffnung auf Erschöpfung des Gegners bauen. Aber der Kampf, so lange man ihn auch fortsetzen würde, wird eben unentschieden bleiben. Das genügt für die Befreiung Belgiens, Nordfrankreichs u. s. w. aber das genügt nicht dafür, dass Deutschland unter fremdem Zwang seine Verfassung ändere.

Für die Sicherung der andern Staaten gegenüber einer deutschen Angriffspolitik ist diese Verfassungsänderung jedoch durchaus nicht notwendig. Schon die Erschöpfung des deutschen, wie aller andern Völker durch den endlosen Krieg und die Erkenntnis von seiner Unfruchtbarkeit werden einer Wiederholung des Experimentes im Wege stehen. Die Einführung einer internationalen Rechtsordnung und die Einrichtung einer internationalen Exekutivgewalt, welche die militärischen Kräfte aller Kulturländer zur Abwehr jedes neuen Friedensbruchs zur Verfügung vermag, werden diese Friedenssicherung zu einer unbedingten gestalten¹⁾. Der deutsche Reichskanzler hat diesen grossen Forderungen zugestimmt, und wenn es zu einem Ausgleichsfrieden kommt, so werden diese Zusicherungen zweifellos eingehalten werden. Würden sie zurückgezogen, dann allerdings würden wir den Entschluss der Westmächte zum Kampf bis ans bittere Ende begreifen. Aber solche Zurückziehung ist nur dann zu befürchten, wenn man das deutsche Volk zur Verzweiflung treibt und ein junkerlicher Gewaltpolitiker an die Stelle des gegenwärtigen, modernen Anschauungen zugeneigten Reichskanzlers tritt.

Wenn die Westmächte sich endlich zum Abschluss eines Ausgleichsfriedens bereit erklären würden, so vermöchten sie damit gleichzeitig die Stellung des Kanzlers und der freiheitlichen Parteien Deutschlands zu stärken und die Demokra-

¹⁾ Diese Garantien sind sogar für die Sicherheit des Friedens wichtiger als die Volksherrschaft. Der Kriegstaumel in den Volksmassen Italiens im Mai 1915 zeigt, dass auch Demokratien zuweilen Angriffskriege führen.

tisierung Deutschlands, wenn auch nicht sofort zu erzwingen, so doch für die Zukunft anzubahnen. Das ist nicht alles, was man vielleicht wünschen könnte, aber es stellt das Maximum des unter den gegenwärtigen Verhältnissen Erreichbaren dar. Während für das utopische Ziel einer «Befreiung Deutschlands» durch Feindesmacht noch Millionen Soldaten ihr Blut verspritzen müssten, ist der oben angedeutete, die Bahn zu weiterer Entwicklung befreiende Ausgleich mit keinerlei Kosten an Blut und Geld verbunden. Er kann morgen erfolgen, wenn staatsmännischer Weitblick endlich in Paris und London die Oberhand über verderbliche Selbsttäuschung gewinnt, wenn man den Endsieg nicht bloss deshalb für sicher hält, weil man ihn wünscht, wenn man endlich die Grenzen und die Möglichkeiten der eigenen Kraft erkennt.

Neuorientierung

Kürzlich enthielten die *Münchener Neuesten Nachrichten* einen Bericht über eine Sitzung des Ausschusses des Reichstages für Bevölkerungspolitik, welcher u. A. folgenden Satz enthielt:

«Bemerkenswert war besonders, dass auch im Ausschuss wie vom Regierungstisch die bedauerliche Tatsache hervorgehoben wurde, dass infolge des Krieges eine höchst beschämende Laxheit der moralischen Anschauung hervorgetreten sei.»

Wie hiess es doch in frühern deutschen Publikationen?

«Der Krieg als Kulturfaktor, als Schöpfer und Erhalter der Staaten.»

Diesen Titel trägt eine Schrift, welche folgendermassen angepriesen wurde:

«Unter diesem vielversprechenden Titel ist von Dr. Schmidt-Gibichenfeld, dem bekannten Herausgeber der «Politisch-Antropologischen Revue», eine Druckschrift erschienen, deren möglichst weite Verbreitung im Interesse der Bekämpfung des leider auch bei uns schon verbreiteten Pazifismus und der Hebung des kriegerischen Geistes unseres Volkes auf das lebhafteste zu wünschen ist. Es ist hier mit seltener Lückenlosigkeit und Schlüssigkeit der Beweis geführt, dass der Krieg nicht nur ein Faktor, sondern der Hauptfaktor, nicht bloss der Schöpfer, auch der Erhalter wahrer echter Kultur ist» u. s. w.

Im weitem hiess es, dass der Verfasser den Krieg als Glied einer göttlichen Weltordnung zur Anerkennung bringe, dabei aber keineswegs die Segnungen des Friedens als des andern den Krieg gewissermassen ergänzenden Hauptfaktors wahrer echter Kultur verkenne. Wirklicher Krieg und wirklicher Frieden in gesunder Abwechslung und Zeitdauer gelten dem Verfasser als die unentbehrlichen Vorbedingungen für die Entstehung und Erhaltung alles Guten, Schönen, Grossen, Erhabenen, sowohl in der Natur, wie in der wahren echten Kultur.

So zu lesen in den *Berliner Neuesten Nachrichten* vom 24. Dezember 1912¹⁾.

«Der Krieg ist die hehrste und heiligste Aeusserung menschlichen Handelns...» ... «Auch uns wird einmal die frohe grosse Stunde eines Kampfes schlagen...» ... «Ja, das wird eine frohe, eine grosse Stunde für uns sein, die wir uns heimlich wünschen dürfen...» «Verlachen wir also aus vollem Halse alte Weiber in Männerhosen, die den Krieg fürchten und darum jammern, er sei grausig oder hässlich. Nein, der Krieg ist schön. Seine hehre Grösse hebt das Menschenherz über Irdisches, Alltägliches hinaus.»

So zu lesen in *Jungdeutschland-Post* vom 25. Januar 1913, einer Wochenschrift für Deutschlands Jugend.

Solche und ähnliche Verherrlichungen des Krieges waren in Deutschland in den Jahren 1912 und 1913 vielfach an der Tagesordnung und es ist uns nicht bekannt, dass sie damals von offizieller oder offiziöser Seite energischen Widerspruch gefunden hätten. Im Ausland mussten die-

¹⁾ S. O. Nippold, «Die deutsche Chauvinismus», 1913.

selben natürlich berechtigtes Aufsehen erregen.

Wir brauchen wohl kaum hinzuweisen auf die grausamen Menschenschlächtereien an allen Fronten, welche nach Jungdeutschlands Post die hehrste und heiligste Aeusserung menschlichen Handelns sein sollen und auf alle die Leiden, welche der Krieg für weite Volkskreise im Gefolge hat, um den Unsinn jener Verherrlichungen des Krieges in grelles Licht zu setzen.

Wir wollen unter Bezugnahme auf den Eingang erwähnten Bericht der *Neuesten Nachrichten* nur unsere Befriedigung darüber aussprechen, dass doch auch in offiziellen Kreisen die Erkenntnis allmählich zu dämmern beginnt, dass der Krieg auch kulturelle Schattenseiten zu Tage fördert, die peinliches Aufsehen erregen.

Dies ist auch eine Art Neuorientierung.

A. SESSLER.

Ein Kultur-Mittelpunkt der Menschheit

Für die bevorstehenden Friedensverhandlungen und weiterhin auch für die völkerrechtliche Organisation der Menschheit wird es, in tunlichster Wahrung der Kontinuität, sicherlich das Richtige sein, den bisherigen internationalen Versammlungsort im Haag beizubehalten. Zugleich aber sollte man ungesäumt noch vor dem Friedensschluss und zwar gerade jetzt in der fast alle Völker bedrängenden Not und Verwirrung den erhebenden Zukunftsgedanken verkünden und zu verwirklichen trachten, dass das Erdenleben sich an geeignetster Stelle eine Art von idealem Mittelpunkt gestalten möge, als eine Pflanzstätte der Menschheits-Kultur im Sinne gegenseitigen tiefsten Verständnisses und edelster Güte.

Könnte es wohl eine geeignetere Stelle hierfür geben, als den Ort, welcher zur Zeit der Kreuzzüge für die europäische Welt bereits der ideale Mittelpunkt begeisternder Organisationen von Ritter-Orden wurde und auch jetzt noch ein Wallfahrtsziel und Andachtsort der ganzen christlichen Welt, einschliesslich des russischen Volkes ist. Zugleich ist er ein Heiligtum der israelitischen Tradition und hat auch für die islamitische Welt eine traditionelle weihevollte Bedeutung, so dass er, abgesehen von Ost-Asien, einen erdumfassenden Pietäts-Wert ohne gleichen besitzt.

Hatte doch die israelitische Geisteswelt schon den erklärlichen Gedanken gefasst, in Palästina mit Jerusalem als Mittelpunkt einen zionistischen Nationalstaat zu errichten, als Beendigung der internationalen Zerstreuung, in welcher das israelitische Volk fast seit seinen ältesten Tagen völkerverbindend und kulturförderlich gewirkt hat, jedoch nach seiner Eigenart auch in Zukunft dem Erdenleben weit förderlicher sein kann, als in der engen Begrenzung eines Nationalstaates.

Es wird also nur darauf ankommen, unter Zustimmung der mit Mittel-Europa bereits verbündeten islamitischen Welt, jetzt in Palästina einer maassvoll zu begrenzenden Landfläche, die Jerusalem und seinen nächsten Zugang zur See enthält, den Charakter eines unabhängigen Freistaates zu geben, dessen Verwaltung den Händen eines Kollegiums von Vertretern aller Kulturländer, einschliesslich China und Japan, anvertraut wird.

Dieses Kollegium, in welchem vorzugsweise Kunst und Wissenschaft der einzelnen Kulturländer zu vertreten sein hätten, sollte dann die wesentliche Aufgabe haben, der Verständigung und dem Zusammenwirken der bedeutsamsten Kulturentwicklungen aller Völker der Erde zu dienen und überhaupt für die wichtigsten gemeinsamen Gestaltungen und Organisationen eine Art von verbindender Zentral-Instanz zu bilden, während dort zugleich das zarteste Verständnis und die hochsinnigste Würdigung der von der Vergangenheit her geweihten Verschiedenheiten der religiösen Ueberzeugungen und Kulturenrichtungen gepflegt wird.

Im Auftrage

Prof. Wilhelm FERSTER, Berlin.

Verantwortl. Verl. u. Buchdrucker Fr. Ruedi, Lausanne.